

# Der Gewerkschafter

Wochen- und Tagesblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Donnerstag den 1. Dezember 1921

Verantwortliche Leitung: ...  
Redaktion: ...  
Verlag: ...  
95. Jahrgang

1. Jahrgang ...  
2. Jahrgang ...  
3. Jahrgang ...  
4. Jahrgang ...  
5. Jahrgang ...  
6. Jahrgang ...  
7. Jahrgang ...  
8. Jahrgang ...  
9. Jahrgang ...  
10. Jahrgang ...

Nr. 281

## Die Not des Mittelstandes.

Welcher Art ist es mit den wirtschaftlichen Folgen der Not, die seit mehr als 7 Jahren in immer höherem Grade unabweisbar vor uns liegt, abzukommen für das Leid unserer Mitmenschen, das auch in den Freizeiten und Festen mit nichterwünschten Begleiterscheinungen verbunden ist? Und doch sind ein großer Teil unserer Volksgenossen durch die unheilvollen Verhältnisse in so bitterer, unerschütterlicher Not geraten, daß es uns mit tiefer Scham erfüllen müßte, wollten wir nicht hier mit aller Kraft zu helfen suchen. Kein Stand ist so leidenschaftlich von den wirtschaftlichen Verfassungen betroffen worden, als der gebildete, besitzlose Mittelstand. In den Stillständen und Kämpfen so vieler alleinstehender Frauen, Witwen, Rentnerinnen — ein Wort, das jetzt wie Gebot wirkt — Pensionisten, betrifft zum Teil der Kampf um Existenzbedürfnisse, der jeden als Lohnempfänger trifft, der noch mehr als des Lebens Notdurft bedarf. Wer bringt das Ruhestück fertig, von 1 Mark im Tag zu lesen, zu wohnen, zu essen, sich zu kleiden? Wer kann 60 Mark monatlich Entnahmen so erdulden, daß sie reichen? Was sind die Folgen, wenn ein Frau nur noch zweimal in der Woche zu einem Mitmenschen kommt? Was ist eine Fülle von Leiden durch das unheilbare Dackelstücken jener alten, verdorrten Pensionisten, die nicht helfen, kein Geld mehr, kein Geld mehr, und trotzdem die zusammen lassen? Das Leben geht weiter, auch wenn da und dort wieder ein Mensch an qualvollen Hunger, an furchtbare Unterernährung stirbt. Denn wer gewohnt war, für sich selbst zu sorgen, von niemand etwas annehmen, durch Fleiß und Sparsamkeit sein Leben zu führen, der sieht lieber still zu Grunde als er um Hilfe ruft. Wer sich nicht abzuwenden will, der Not dieser, unserer ärmsten Väter und Schwärmern an unsere eigene Not auf uns nehmen. Daß hier geholfen wird, so weit es irgend in unserer Kraft liegt, muß uns zur heiligen Pflicht werden. Darum Mitleid mit jedem Ort und Stunde, wenn man demnach eine Hausammlung veranstaltet wird, zur Beseitigung der schlimmsten Notfälle. Noch gibt es in unserem Volk, die helfen können, und sei es auch unter enormem Verlust; möchten sie sich nicht vergeblich bieten lassen!

## Die steternde Belastung des Mittelstandes.

Unter schweren Sorgen leidet der Mittelstand. Der Festhalter, der kleine Gut- und Grundbesitzer, der Gewerbetreibende und nicht zuletzt der Rentner und Pensionist haben den heutigen Verhältnissen mit einem Einkommen und einem Kapital gegenüber, welches, wenn auch infolge des Papiermarktaustandes scheinbar gestiegen, so doch bei weitem nicht ausreicht die gleiche Beteiligung am allgemeinen Gütergenuss zu erlangen wie ehemals. Durch die neuen Steuerbelastungen wird dieser Druck auf die wirtschaftlich schwächeren Kreise noch vergrößert. Die Monarchie des Londoner Ultimatum legt dem Reich ungeheure Lasten auf, an deren Abtragung sich natürlich alle Wirtschaftskreise beteiligen müssen. Ob eine sogenannte „Erfüllung“ überhaupt möglich ist, soll hier nicht erörtert werden. Selbst wenn man aber das denkende Steuerbedürfnis anerkennt, so heißt es doch nicht „Steuererhöhung“ — auch so ein Teil der neuen Belastungswerte der Steuern — werden, wenn man darauf hinweist, daß eine weitere Verschärfung der Steuerlast für den Mittelstand geradezu unerträglich ist.

Das Steuerrecht ist heute fast zu einem Spezialgebiet der Rechtswissenschaft geworden und es kann von keinem Laien erwartet werden, sich durch das Labyrinth der Vor- und Nachkriegssteuer hindurchzufinden. Für die nachfolgende Betrachtung soll daher nur ganz kurz folgendes festgehalten werden:

Von den Vorkriegssteuern, die für den Mittelstand hauptsächlich in Betracht kommen, muß die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer in erster Linie genannt werden. Beide waren verhältnismäßig niedrig, insbesondere die laufende Vermögenssteuer. Der Rentner hatte eine besondere Kapitalertragsteuer nicht zu zahlen und die schon oben erwähnte geringe Erbschaftsteuer fiel für ihn auch kaum in Betracht. Der Gewerbetreibende hatte außerdem die Gewerbesteuer zu entrichten, die für den Mittelstand eigentlich nur hinsichtlich der Klasse III und IV in Frage kam. Die Grundsteuer wurde in 18 Städten befreit in der Regel nach dem Ertrage, in städtischen Bezirken nach dem gemeinen Werte erhoben.

Die Kriegsteuergesetze brachten für diese Kreise der Steuerpflichtigen eine erhebliche Mehrbelastung. Zunächst begann das Reich mit den sogenannten Abgaben vom Mehrerwerb und es ergab sich schon hieraus auch für den Mittelstand eine nicht unbedeutende Belastung, weil die geringeren Einkommen der Vorkriegszeit mit dem infolge der vergrößerten Lebensbedürfnisse natürlich erhöhten Einkommen der Kriegszeit verglichen wurden. Schlimmer noch erging es den Besitzern von Vermögen, dem Grundbesitzer sowohl wie dem Rentner, weil ihr Vorkriegsvermögen mit dem sogenannten „Endvermögen“ im Krieg verglichen wurde, welches letzteres aber häufig eine Erhöhung nur infolge des höheren

Papiermarktaustandes erfahren hatte. „Gelbes“ wurde die gesamte Kriegsteuergesetzgebung schließlich durch das Reichsgesetz, welches für den Mittelstand, für alle Väter, für die unberechtigten Familien usw. ganz Ermäßigungsbestimmungen vorsieht, diese aber in so ungenügender Formeln liegt, daß man vielen Bestimmungen ähnlich wie denen des früheren Reichseinkommensteuergesetzes nicht zu Lande den Vorwurf des Scheinlegalismus gemacht hat.

Die neueste Reichsreform „Reform“ hat für den Mittelstand wieder erhebliche Vorteile gebracht. In allererster Linie ist nämlich die Verschärfung der Einkommensteuer zu nennen, ferner die gerade für den Rentner besonders belastende Kapitalertragsteuer, wenn auch für den kleinen Rentner gewisse Ermäßigungsbestimmungen (Anrechnung der Kapitalertragsteuer bei der Einkommensteuer) vorgesehen sind. Man muß aber hierzu die Einführung und ständige Erhöhung der Umsatzsteuer und die jetzt geplante laufende und einmalige Vermögenssteuer, so ergibt sich ein Bild der Belastung, das den Mittelstand schwer mit ernstlichen Sorgen zu erfüllen vermag. Dabei muß noch beachtet werden, daß der veränderte Steuerzustand der Gemeinden auch an dem beschriebenen Einkommen und Besitz des Mittelstandes nicht vorbeigehen kann und besondere Verteilungs-, Gewerbe-, Grundsteuer, Wohnsteuer usw. einschließt hat oder noch plant. Das Bedrohliche aus dem neuesten Steuerprogramm ist aber für den Mittelstand und hier wieder insbesondere für den Grundbesitzer, die „Erfüllung der Geldwerte“. Es steht hinsichtlich dieses Programms noch nicht mit Gewißheit fest, was dem Befragten vorzuziehen ist.

## England

### für Gewährung eines Moratoriums?

London, 30. Nov. „Daily Mail“ veröffentlichte gestern ein Schicksal, das über England noch aus gut unrichtiger Quelle kommt und das folgenden Wortlaut hat: Die schwierige Finanzlage Deutschlands und der Wunsch des deutschen Industriekönigs Hugo Stinnes in London hat die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Reparationszahlung Deutschlands zum 15. Januar gelenkt. Der auf diesen Tag fällige Betrag beläuft sich auf 25 Millionen Pfund. Die Gesamtsumme, die Deutschland an Reparationszahlungen zu leisten hat, beläuft sich auf 6600 Millionen Pfund Sterling, wovon 25 Prozent auf England entfallen. Der Sitz des Marktes hat sich vorbereitend auf den britischen Handel gemacht und die britischen Waren im Ausland den deutschen Markt verdrängt. Nach seiner Rückkehr aus Berlin hat der britische Delegierte Sir John Balfour ein Memorandum verfaßt, das die englische Regierung in Kürze besprechen wird. Es kann jetzt schon gesagt werden, daß die englische Regierung ein Moratorium von zwei bis drei Jahren für die Schulden Deutschlands gegenüber den Alliierten fordern wird. Man glaubt, daß infolge dieses Vorhabens der Handel mit Deutschland in Kürze aufleben wird. Die Daily Mail erklärt, daß dieses Moratorium nur eine Stundung und keinen Nachlaß der deutschen Schulden bedeute und daß die deutschen Sachleistungen während dieser Zeit fortgesetzt würden.

## Kleine politische Nachrichten.

### Eine englische Note über die Aufhebung der Rheinpfandungen.

Paris, 30. Nov. Die englische Regierung hat an die Reichsregierung eine Note geschickt, in welcher sie empfiehlt die Sanktionen am Rhein aufzuheben und die Organisation einer beschränkten Kontrolle über die deutsche Entwässerung zu prüfen.

### Engl. Flottenabrüstung nur bei franz. Landabrüstung.

Paris, 30. Nov. Eine Reuters-Note gibt zu verstehen, daß die englische Regierung die französische Flotte nur dann reduzieren wird, wenn die französische Flotte ihrerseits reduziert wird, ferner, daß es nicht an England liege, wenn die Unsicherheit der Lage Europas anhält.

### Kathenau's Verhandlungen in London.

London, 30. Nov. Bisher haben zwei Konferenzen zwischen Kathenau und dem Direktor der Bank von England stattgefunden. Es ist möglich, daß Kathenau auch mit Lord George zusammentreffen wird.

### Die Verhandlungen über Irland gescheitert.

London, 30. Nov. In der gestrigen Sitzung des Unterparlamentes sind die englischen Vorwürfe zurückgewiesen worden. Damit sind die Verhandlungen über Irland gescheitert.

### Die Fortführung der Kreditaktion.

Berlin, 30. Nov. In der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie er-

höhte Hugo Stinnes Bericht über seine Londoner Besprechungen. Man kann über die, den Generaldirektor des Reichsverbandes, Hugo Stinnes, zum Reichsausschuss zu entsenden und diesem mitzutragen, daß die Verhandlungen mit dem Ausland über die Gewährung eines Kredits fortgesetzt werden.

## Gegen Wucher und Schleichhandel.

Berlin, 30. Nov. Das Reichsministerium hat gestern wichtige Beschlüsse hinsichtlich der Bekämpfung der Wucherung gefaßt. Dem gesetzgebenden Körperlichen soll unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Verhinderung des Schleichhandels und Verhinderung der Wucherung durch die Presse vorsieht. In Schwere Fällen (über drei Monate Gefängnis) ist außerdem die Verhinderung durch Anschlag vorgesehen. Zur Beseitigung der Wucherung werden 400 Millionen Mark bereitgestellt und zwar für solche Gemeinden, in denen die Wucherung besonders Not leidet.

## Die Sicherheit der holländischen Kolonien.

Washington, 30. Nov. Ein amerikanischer Journalist hat an Hughes die Frage gerichtet, wie den holländischen Kolonien die Versorgung ihrer Kolonien Rechnung getragen werden kann. Hughes antwortete, daß die Zulassung Hollands zur Kolonialverwaltung nicht möglich sei. Holland könnte aber seine Wünsche schriftlich vorbringen.

## Revolution in Nieder-Kalifornien.

Mexiko, 30. Nov. Der Präsident von Mexiko teilt mit, daß in Nieder-Kalifornien eine Revolution ausbrochen ist.

## Zur Reform der Reichseisenbahnen.

Berlin, 30. Nov. Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen zufolge ist im Reichsausschussministerium der Referenten-Entwurf zur Reform der Reichseisenbahnen fertiggestellt. Der Grundgedanke ist die Auflösung des Reichsausschusses aus dem allgemeinen Gut. Ferner wird geplant die Annullierung eines Generalrats. In diesem Generalrat soll die Reichsregierung, der Reichstag, die Eisenbahnenverwaltung und die Wirtschaft vertreten sein.

## Spanische Kampfmüdigkeit.

Paris, 30. Nov. Wie dem „New York Herald“ aus Madrid gemeldet wird, hat der Kabinettrat beschlossen, die moralischen Operationen zu beschränken und soviel Soldaten wie möglich zu demobilisieren.

## Aus aller Welt.

### Erzmann in Frankreich.

† Beim französischen Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Einführung von Zwangsarbeiten bezieht. Danach muß jeder Staatsbeamte verpflichtet sein oder sich verpflichten, bis zum 25. Lebensjahr eine Ehe einzugehen. Beamte, die drei oder mehrere Kinder haben, können schneller auf und erhalten bedeutende Gehaltszulagen. Religiöse Männer sollen den Militärdienst doppelt so lange leisten. Bleibt ein französischer Bürger bis zum 45. Lebensjahre unverheiratet, so bleibt er als Reservist bis zum letzten Alter im Militärdienst.

### Zeitungsrecht in Italien.

† Rom, 30. Nov. Infolge des Buchdruckerstreikes ist kein einziges italienisches Blatt erschienen.

### Hamburg Sitz der Reichswasserstraßen-Direktion.

† Die namhafte endgültig feststeht, wird die Reichswasserstraßen-Direktion ihren Sitz in Hamburg erhalten.

### Zugzusammenstoß in Pommern.

† Stettin, 30. Nov. Der Personenzug Kreuz Starnow stieß auf dem Bahnhof Ditz auf einen rangierenden Güterzug. Der Personenzug und ein Wagen des Personenzuges gingen Feuer und brannten vollständig ab. 6 Personen, darunter 4 Postbeamte wurden schwer verletzt.

### Städtisches Dänemark.

† Der neue Eisenbahn- und Posttarifvorschlag, den der dänische Verkehrsminister vor kurzen dem Folketing vorgelegt hat, bringt in den Eisenbahntarifen eine Ermäßigung von 15 Prozent und eine ähnliche in den Posttarifen. Die dadurch entstehende Mindereinnahme von 30 Millionen Kronen hofft man durch gesteigerten Verkehr einzubringen.

## Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 1. Dezember 1921.

### \* Dienstinricht. Die Eisenbahn Generaldirektion hat den Eisenbahnsprekter Lamm, Vorkseher der Bahnhofstation Nagold, aus dienstlichen Gründen mit seinem Entschluß, daß zur Eisenbahn Generaldirektion verlegt u. die Stelle des Vorksehers der Bahnhofstation Nagold dem Eisenbahnsprekter Alexandermann bei der Eisenbahn Generaldirektion übertragen.

### Gemeinderat. Es werden die Ergebnisse einiger in den letzten Tagen auf Laub, Radel und Stadtparkausflügen erzielten Erfolge bekanntgegeben. Nach Mitteilung der städtischen Fortbildungskommission sind 450 Jm Ort zum Verkauf bereitgestellt, die in largem zum Verkauf ausgegeben werden

Öffnet  
uck.  
1920  
D.  
In  
an des  
der zu  
Kinde  
1885  
weiter.  
gold,  
-Besuch.  
uban suchen wie  
ige  
reiner  
schäftigung.  
Möbelfabrik  
iver  
ch für alle  
besonders  
dewannen,  
Steinböden.  
Cie-Düsseldorf  
et Mk. 1.50





